Bekanntmachungen von Departementen und andern Verwaltungsstellen des Bundes.

Kreisschreiben

des

eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes an die
Aufsichtsbehörden für das Zivilstandswesen der Kantone.

(Vom 16. Juli 1934.)

Hochgeachtete Herren!

Wir beehren uns, Ihnen hiemit, wie üblich, unsere wichtigsten Entscheidungen vom vergangenen Jahre im Gebiete des Zivilstandswesens zur Kenntniss zu bringen und einige Weisungen an die Zivilstandsbeamten damit zu verbinden.

Von verschiedenen kantonalen Aufsichtsbehörden sind Gesuche eingereicht worden, für den Familienschein ein kleineres Format zu bestimmen. Der Verband schweizerischer Zivilstandsbeamten hat ein gleiches Begehren gestellt. Das heutige Grossformat wird von den Kanzleien für Registerauszüge in Erbschaftsangelegenheiten und Gerichtssachen als unpraktisch bezeichnet. Die Kantone, die früher schon Familienscheine als Auszug aus ihren Bürgerregistern verwendeten, wünschen allgemein zu ihrem früheren Format zurückzukehren.

1. Format des
Familienscheines.

Einer Verkleinerung dieses Formulars steht der Bundesratsbeschluss vom 22. Juni 1928 über die Festsetzung der Zivilstandsformulare nicht entgegen, da für alle Auszüge aus den Registern die Formate A4 und A5 als massgebend erklärt worden sind. Es steht somit den Kantonen frei, neben dem heutigen Grossformat A3 für den Familienschein auch Normalformat A4 zu verwenden. Der Familienschein nach Format A4 stimmt dann in der Grösse mit dem Musterbeispiel Nr. 134 auf Seite 262 der Sammlung überein. Es kann auch gestattet werden, den Vordruck vertikal statt horizontal zu stellen, so dass der Kopf des Familienscheines mit den Kolonnen für die Eheleute auf die linke und die Kolonnen für die Kinder auf die rechte Seite zu stehen kommen. Bei Verwendung von steifem Papier würde dann dieser Familienschein gleich wie die bisherigen kantonalen Familienscheine oder die statistische «Familienskarte» aussehen. Um beim vertikalen Vordruck etwas Raum zu gewinnen, dürfen diesfalls die Rubriken «Blatt der Eltern» und «Blatt

der Nachfolge», die im Registerauszug nicht absolut notwendig sind, und ebenfalls die Kolonne «Ort und Zeit der Trauung» ausfallen. Die Angaben über die Eheschliessung können in die mittlere Kolonne eingerückt werden. Die Ausstreichung der leer bleibenden Stellen und Anbringung des Amtsstempels und der Unterschrift des Zivilstandsbeamten am Schluss des Textes zum Schutz gegen missbräuchliche Nachtragungen sind üblich geworden und dürfen nun Regel sein.

2. Maschinenschrift.

Im letzten Kreisschreiben vom 12. Juli 1933 ist gemäss früheren Weisungen wieder in Erinnerung gerufen worden, dass für die Mitteilungen von Zivilstandsfällen von einem Zivilstandskreis zu anderen die Vervielfältigung der Registerauszüge durch die Schreibmaschine nicht gestattet werden sollte. Diese Weisung war ehemals auf Antrag kantonaler Aufsichtsbehörden erlassen worden, welche bemerkt hatten, dass einzelne Zivilstandsbeamten nicht imstande seien, sauber geschriebene, unverwischbare und für die dauernde Aufbewahrung in den Archiven geeignete Durchschläge herzustellen. Heute erheben die Zivilstandsbeamten einiger Grossstädte den Einwand, dass dieses Verbot der Durchschläge ihnen eine bedeutende Arbeitsvermehrung verursache. Da das Staatsinteresse dahin gehe, die Verwaltungskosten einzuschränken, sei die Untersagung der Durchschläge nicht haltbar. Unmöglich ist, zweierlei Vorschriften für Stadt und Land gelten zu lassen und anderseits auch, die einzelnen Zivilstandsbeamten von vorneherein zu bestimmen, die unzulängliche Durchschläge verfertigen. Infolgedessen ordnen wir an, gegen die Nachlässigen in anderer Weise vorzugehen. Die kantonalen Aufsichtsbehörden und Zivilstandsbeamten sollen alle unsauber geschriebenen Durchschläge zurückweisen. Für die Mitteilungen der Zivilstandsfälle an ausländische Behörden dürfen jedoch auch in Zukunft keine Durchschläge verwendet werden.

3. Selbständiger Wohnsitz Minderjähriger.

Bei den verschiedenen Eintragungen in die Zivilstandsregister, in denen auch der Wohnsitz einer Person anzugeben ist, ist bei Minderjährigen gemäss früheren Weisungen durchwegs der Wohnsitz der Eltern berücksichtigt worden.

Nun hat aber das Bundesgericht in seinem Entscheide i. S. Lehmann gegen Bochtler (BGE 45, II, 245) dargetan, dass bei selbständiger Berufsausübung mit Zustimmung der Eltern der Minderjährige ein selbständiges Domizil begründet. Daran hat sich fortan auch der Zivilstandsbeamte zu halten. Er hat, sofern die Verhältnisse klar liegen und die Voraussetzungen von Art. 295 und 296 ZGB erfüllt sind, den selbständigen Wohnsitz des Minderjährigen statt denjenigen seiner Eltern einzutragen. Dieser Wohnsitz ist auch zu berücksichtigen bei Mitteilung von Geburten, Eheschliessungen, Todesfällen an den Wohnsitz nach Massgabe von Art. 120 ff. der Zivilstandsverordnung, für die Bestimmung der Zuständigkeit bei Eheverkündungen, Kindesanerkennungen usw., ferner auch für die Ausfüllung der statistischen Meldekarten.

Bei Anlass der Verkündung einer Ehe zwischen einem Schweizerbürger und einer Spanierin wurde neuerdings die Frage aufgeworfen, ob eine ausländische Braut den Bestimmungen des schweizerischen Rechts in bezug auf die Wartefrist geschiedener Frauen nach Art. 103 ZGB unterworfen sei.

4. Wartefrist für die ausländische Braut.

Es wurde erklärt, dass der schweizerische Zivilstandsbeamte berechtigt sei, das Gesuch um Verkündung zurückzuweisen, wenn die Braut als geschiedene Frau den Ablauf der dreihunderttägigen Frist nach der Auflösung ihrer früheren Ehe nicht abgewartet hat, da für die Eheschliessung in der Schweiz die Wartefrist für Witwen und geschiedene Frauen ein im Interesse des ordre public aufgestelltes Hindernis ist (Kommentar Beck, Schlusstitel ZGB, Seite 167, Note 53).

Die Anerkennung eines ausserehelichen Kindes durch Verfügung von Todes wegen, wie sie in Art. 308 ZGB vorgesehen ist, kommt selten vor. Eine kantonale Aufsichtsbehörde fragte an, welche formellen Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um eine derartige Anerkennung im Familienregister eintragen zu können. Die Anerkennung in einer letztwilligen Verfügung kann in der Form des eigenhändigen Testamentes oder Erbvertrages oder notariellen Testamentes geschehen. Wenn es ein eigenhändiges Testament ist, so muss dieses den Bestimmungen von Art. 505 ZGB entsprechen. Dabei erhebt sich die Frage, ob es genüge, dass die Anerkennung in dieser Form gekleidet oder ob erforderlich sei, dass das Testament auch anderweitige erbrechtliche Verfügungen enthalte. Nach unserer Ansicht ist dies nicht nötig, weil der Anerkennende möglicherweise keinen Grund hat, vermögensrechtliche Dispositionen zu treffen, zumal die erbrechtlichen Folgen der Kindeserkennung im Gesetze selber geregelt sind.

5. Anerkennung eines Kindes durch Verfügung von Todes wegen.

Wir wurden um Beantwortung der Frage ersucht, welchen Familiennamen eine Frau zu führen habe, nachdem ihre Ehe bei Verschollenheit des Ehemannes nach Massgabe von Art. 102 ZGB gerichtlich aufgelöst worden ist. Nach unserer Ansicht behält diese Frau den durch die Eheschliessung erworbenen Familiennamen. Die nach Art. 149 ZGB statuierte Ausnahme, wonach die Frau nach Auflösung der Ehe ihren vor-ehelichen Namen wieder annimmt, beschränkt sich auf die Ehescheidung.

6. Name der Ehefrau bei Verschollenheit des Ehegatten.

Auf Anfrage hin haben wir geantwortet, dass das Adoptivkind einer verheirateten Frau den Familiennamen des Ehemannes und nicht den angestammten der Adoptivmutter zu tragen habe, da es gerade die Absicht des Gesetzgebers gewesen ist, eine Namensseinheit zwischen den durch Adoption verbundenen Personen herzustellen. Wie Kommentar Silbernagel (Art. 268 ZGB, Note 3) hervorhebt, kommt es bei dieser Lösung nicht vor, dass man das angenommene Kind als uneheliches seiner Adoptivmutter betrachten könnte.

7. Name der Person, die von einer verheirateten Frau an Kindesstatt angenommen wurde.

8. **Namens bei Aufhebung der Adoption.**

Auf Ersuchen einer kantonalen Aufsichtsbehörde haben wir die Frage neuerdings untersucht, welchen Familiennamen der an Kindesstatt Angenommene zu führen habe, nachdem die Kindesannahme gerichtlich aufgehoben ist. In einem von uns einverlangten Gutachten der Rechtslehrer Prof. F. Guisan in Lausanne und Prof. A. Homberger in Bern wird in Übereinstimmung mit den Kommentaren zum ZGB die Auffassung vertreten, dass das angenommene Kind bei der nach Art. 269 ZGB erfolgten Aufhebung der Kindesannahme wieder seinen angestammten Familiennamen zu führen habe. Massgebend ist dabei hauptsächlich die Überlegung, dass nach unserem Zivilrecht jede Änderung des Personenstandes, Legitimation, Anerkennung, gerichtliche Zusprechung unehelicher Kinder mit Standesfolgen und ihre Aufhebung, Kindesannahme, ferner Aberkennung der Ehelichkeit, andererseits auch die Eheschliessung und Ehescheidung, immer eine Namensänderung zur Folge hat. Ein triftiger Grund, bei der Aufhebung der Adoption eine Ausnahme zu machen, besteht nicht. In Zukunft dürfte nun diese Ansicht für die Bestimmung des Namens massgebend sein. Damit wird Nr. 13 im Kreisschreiben vom 31. März 1923 widerrufen.

9. **Bezeichnung einer adoptierten Person in den Zivilstandsregistern.**

Ein Zivilstandsbeamter fragte an, ob bei der Bezeichnung der ehelichen Mutter eines Neugeborenen im Geburtsregister ihre Eigenschaft als Adoptivtochter mit zu berücksichtigen sei, oder ob es genüge, auf ihre elterliche Abstammung mit den Worten «geborene X» hinzuweisen. Es müssen beide Angaben gemacht werden, da die Adoption für die Identifikation der Mutter in mancher Beziehung wichtig ist, und der Hinweis auf die elterliche Abstammung andererseits nach den amtlichen Musterbeispielen gefordert wird. Die Eintragung einer solchen Geburt hat also zu lauten: «...ehelicher Sohn des X Y und der X geborenen Z, Adoptivtochter des N...».

10. **Bürgerrecht eines Kindes, dem die Ehelichkeit gerichtlich abgesprochen wird.**

Frau E.-J. gebar zwei Monate nach ihrer Eheschliessung einen Sohn, der ordnungsgemäss in das Familienregister der bundnerischen Heimatgemeinde ihres Ehemannes eingetragen wurde. Diese Gemeinde focht jedoch die eheliche Abstammung an mit dem Erfolg, dass der Knabe vom Gericht als uneheliches Kind der Mutter erklärt wurde. Es entstand deshalb die Frage, ob mit der Veränderung des Personenstandes für den Knaben auch eine Änderung seiner Gemeindezugehörigkeit eingetreten sei. Die Mutter war vor der Eheschliessung Zürcher Bürgerin. Die Frage wurde in Übereinstimmung mit der herrschenden Ansicht der Kommentare zum ZGB verneint. Die Mutter überträgt auf das Kind dasjenige Bürgerrecht, das sie im Zeitpunkt der Niederkunft besitzt. Ihr angestammtes Bürgerrecht hat sie durch die Eheschliessung bereits verloren; es kann deshalb nicht auf das Kind übergehen. Eine andere Lösung wäre nur möglich, wenn das Gesetz sie vorgesehen hätte. Namensrechtlich ist dies der Fall; das Kind erhält nach Art. 324 ZGB den «angestammten

Familiennamen» der Mutter (vgl. Kommentar Gmür zu Art. 324 V und dortige Zitate).

In einem anderen Falle von Anfechtung der Ehelichkeit eines Kindes durch die Gemeindebehörde musste darauf hingewiesen werden, dass Voraussetzung für die Anfechtungsklage durch die Behörde der Nachweis der Zeugung vor Abschluss der Ehe sei. Der Beweis ist durch ein ärztliches Gutachten zu erbringen, falls nicht der Zeitpunkt der Geburt mit absoluter Sicherheit die Unmöglichkeit der Zeugung nach der Eheschliessung dartut.

Die Justizdirektion des Kantons Basel-Landschaft machte auf vorgekommene Unregelmässigkeiten in bezug auf Kinder französischer, in der Schweiz naturalisierter Eltern aufmerksam, die dadurch verschuldet wurden, dass das Optionsrecht dieser Kinder nach dem schweizerisch-französischen Staatsvertrag vom 23. Juli 1879 in den Zivilstandsregistern nicht richtig vorgemerkt worden war. Die Erfahrung habe gezeigt, dass in vielen Fällen solche Leute aus Unwissenheit, Vergesslichkeit oder Irrtum den Zeitpunkt für die Option verpassen, sogar zum schweizerischen Militärdienst herangezogen und vermutlich auch mit schweizerischen Heimatschriften versehen werden. Dies führe dann für die Beteiligten zu vielen Unannehmlichkeiten. Es empfehle sich deshalb, den Zivilstandsbeamten Instruktionen hierüber zu erteilen.

11. Optionsrecht.

Gegenüber dem bisherigen System des dreiteiligen Registers und dem teilweise sehr mangelhaft geführten kantonalen Bürgerregister erlaubt nun das neue Familienregister, dem Bedürfnis eines zuverlässigen Nachweises des Bürgerrechts viel besser zu entsprechen. Im Kreisschreiben vom 14. Juni 1932 (unter Ziffer 7) ist in bezug auf die Wiedereinbürgerungen bereits darauf hingewiesen worden, dass die Kinder unter Bezeichnung ihres Staatsangehörigkeitsverhältnisses mit einzutragen seien. Gleiches gilt für die Naturalisationen. Minderjährige Kinder werden miteingebürgert, während mehrjährige nicht in die Naturalisation ihrer Eltern einbezogen werden können. Darüber muss nun das Familienregister Auskunft geben können. Deshalb sind die nötigen Vormerkungen zu machen; das Musterbeispiel Nr. 75 gibt dazu die Anleitung.

Was nun die minderjährigen Kinder naturalisierter Franzosen anbelangt, ist zu merken, dass sie bis zum Zeitpunkt, da sie im Laufe ihres 22. Altersjahres für das Schweizerbürgerrecht optieren und ihnen von der französischen Botschaft das Optionszeugnis ausgestellt wird, als Franzosen zu betrachten sind. Im Familienregister ist daher auf dem Blatte der eingebürgerten Eltern gleich unter dem Vornamen der betreffenden Kinder anzumerken, dass Option erfolgen muss. Wenn dies nicht unterlassen wird, so sollten die erwähnten Unregelmässigkeiten auch nicht vorkommen. Eine solche Gefahr besteht nur bei der Doppelspurigkeit, wo der Zivilstandsbeamte das Familienregister führt, die Heimat-

ausweise aber von einem andern Beamten, dem Gemeindeammann oder dem Bürgergemeindeschreiber, ausgestellt werden. Dafür, dass die Optionsfrist nicht verpasst werde, hat der Zivilstandsbeamte allerdings nicht zu sorgen; er muss dies den Interessenten überlassen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Bern, den 16. Juli 1984.

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement:
Baumann.

Wettbewerb- und Stellenausschreibungen, sowie Anzeigen.

Die Wappen

der schweizerischen Eidgenossenschaft und der Kantone.

Preis Fr. 2.40 zuzüglich Porto.

Die Bundeskanzlei hat eine Broschüre herausgegeben, die auf acht farbigen Tafeln die nach den Originalentwürfen von † Dr. Rud. Mürger, Heraldiker in Bern, wiedergegebenen authentischen Wappen der schweizerischen Eidgenossenschaft und der Kantone sowie deren heraldische Beschreibung enthält. Die Broschüre umfasst auch die Abbildungen der eidgenössischen Kontrollstempel für Edelmetallwaren.

Diese Sammlung wird in Anwendung der Bestimmungen der am 6. November 1925 revidierten Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums herausgegeben. Die Übereinkunft sieht vor, dass die vertragschliessenden Länder sich gegenseitig ein Verzeichnis der staatlichen Hoheitszeichen, amtlichen Kontroll- und Garantie-Zeichen und -Stempel mitteilen, deren Verwendung als Fabrik- oder Handelsmarken oder als Bestandteile dieser Marken sie zu untersagen wünschen, sofern es an der Ermächtigung der zuständigen Stellen fehlt.

Die Behörden, öffentlichen Bibliotheken und Buchhandlungen erhalten die Broschüre mit einer Preisermässigung von 80 Rappen.

Postcheckkonto III 233

Drucksachenverwaltung der Bundeskanzlei.

Bekanntmachungen von Departementen und andern Verwaltungsstellen des Bundes.

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1934
Année	
Anno	
Band	2
Volume	
Volume	
Heft	30
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	25.07.1934
Date	
Data	
Seite	843-848
Page	
Pagina	
Ref. No	10 032 385

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.